

Politiker und Praktiker diskutierten über den Einfluss der EU in der Region

DEBATTE

18.10.2021 um 15:17 Uhr

„Was tut die EU für unsere Region“, war Thema der Matinee, die „Europe Direct Ostbelgien“ aus dem Ministerium mit Stefaan De Rynck (Leiter der ständigen Vertretung der EU-Kommission in Belgien), Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) und zwei Vertretern aus der Praxis am Sonntagmorgen Parlament der DG (PDG) diskutierten.



Das Integrationsprojekt Intego wird unter anderem vom Europäischen Sozialfonds unterstützt. | Foto: David Hagemann

„Die EU ist die größte Leistung der Menschheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, zitierte Lambertz den ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama. Dennoch kämen beim Bürger oft die Fehler an wie überbordender Bürokratismus, ja sogar, dass man sich nicht auf eine Hauptstadt einigen könne, was zum bekannten Wanderzirkus zwischen Brüssel, Straßburg und Luxemburg führe. Auch wenn Populisten in Polen und Ungarn oder die deutsche AfD das Gegenteil behaupteten, bleibe Europa „eine große Leistung“, die auch vielleicht gerade in Ostbelgien sichtbar sei.

Ein gutes Beispiel sei die Beschaffung eines Impfstoffes gegen Covid-19 auf EU-Ebene und auf Ebene der DG 50 Millionen Euro Corona-Strukturhilfen, die unter anderem in die Digitalisierung des Unterrichtswesens, in das Glasfasernetz und das Energieprämiensystem fließen. Der PDG-Vorsitzende

erinnerte an EU-Projekte auf lokaler Ebene wie „100 Dörfer – 1 Zukunft“, Initiativen zu Bachläufen und natürlich die Zugehörigkeit zur Großregion Saar-Lor-Lux und zur Euregio Maas-Rhein.

Wie Europa in der konkreten Praxis Ostbelgiens sichtbar ist zeigten die Praktiker Nicolas Pommé, Geschäftsführer von Intego Ostbelgien, und Chantal Pierlot vom Jugendbüro. Intego integriert zeitgleich 100 Menschen in den Arbeitsmarkt. Die Sozialarbeiter helfen den Klienten bei der Orientierung und vermitteln in Arbeit oder Ausbildung, um auch langfristige Perspektiven zu schaffen.

Diese könnten auch durchaus grenzübergreifend sein. Mancher Klient, der in der französischen oder niederländischen Sprache nicht so sattelfest ist, bekommt mit Hilfe von Partnern wie etwa dem Sozialwerk Aachener Christen eine Stelle im Nachbarland vermittelt. Ohne Europa sei das nicht möglich, denn das Geld für diese wichtige Arbeit komme aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Da es außerdem kompetente Ansprechpartner in der DG gebe, könne man auch die administrativen Hürden gut überwinden. Die Finanzhilfen werden gerne in Anspruch genommen, bestätigt Lambertz. Allerdings sei Europa auch ein Netzwerk, und die europäischen Projekte seien in Datenbanken im Netz greifbar. „Schweden und Italien haben lange Erfahrungen mit Sozialbetrieben. Bevor man hier einfach loslegt, sollte man bei denen schauen, um Anfängerfehler und Kinderkrankheiten zu vermeiden“, so der Parlamentspräsident.

„Wir blicken auf eine sehr erfolgreiche Periode zurück“, sagte Chantal Pierlot, die im Jugendbüro für Erasmus+ zuständig ist. Besonders Freiwilligendienste und der Jugend- und Studentenaustausch seien sehr beliebt. Auch inklusive Projekte und Job-Sharing würden vermittelt. Entscheidend aber sei, dass es eine Agentur in Ostbelgien gebe, die vor Ort die Menschen mit Europa vernetzt. Das nutzte Lambertz, um auf den Sinn der Autonomie der DG hinzuweisen: „In Aachen sagt man mitunter, der einfachste Weg nach Brüssel führt über Eupen“. Denn die DG habe einen direkten Zugang zur EU. Und für Ostbelgien schaffe die Autonomie eine Verbindung zu europäischen Geldern und Projekten und auch zum direkten Mitspracherecht der DG-Minister.

Natürlich habe Europa auch noch im Kleinen Mängel, hieß es. Ein Zuschauer machte zum Beispiel auf das „Geoblocking“ aufmerksam, das Deutschsprachige vom Angebot der Mediatheken von ARD und ZDF ausschließt. Die ehemalige Abgeordnete Jenny Baltus-Möres wies auf ein europäisches Programm hin, dessen Einführungsprogramme nur in niederländischer und französischer Sprache stattfinden. Hier versprach Stefaan De Rynck von der ständigen Vertretung der EU-Kommission in Belgien Hilfe. Auch der Fachkräftemangel könne nur europäisch gelöst werden, war ein Fazit der Veranstaltung. Eine intelligente und gesteuerte Einwanderungspolitik sei eine sinnvolle Möglichkeit, an qualifiziertes Personal zu kommen, hieß es.